

Erscheint
an allen Werktagen.
Bezugspreis
vom 1. Juli 1921 an
monatlich 20.-
in der Geschäftsstelle 50.-
in den Ausgabestellen 52.50
durch Zeitungsbüro 55.-
durch die Post 55.-

Fernsprecher: 4246, 2278
3110, 3.49.

Poznaniener Tageblatt

Anzeigepreis:
f. d. Grundschriftseite im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 10.— M.
im Reichsteil 30.— M.
Für Aufträge aus
Deutschland 3.50 M.
im Reichsteil 10.— M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czeczkow Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Annäherung zwischen Staat und Kirche in Italien.

Die in letzter Zeit vollzogene Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und dem hl. Stuhl hat in Italien die Erkenntnis bestätigt, daß es nunmehr an der Zeit wäre, die längst angebahnte Auseinandersetzung mit dem Vatikan durch einen offiziellen Akt zu lösen. Ist doch Italien die letzte Großmacht, die beim Papst nicht vertreten ist. Bei der ersten Nachricht von Annäherungsversuchen haben zunächst nationalistische Blätter heftig dagegen protestiert, vor allem deshalb, weil der hl. Stuhl durch den Nunzius in Paris hat erklären lassen, daß er "gerne bereit sein würde, namentlich im Orient, die Wünsche Frankreichs zu unterstützen." Die katholischen Zeitungen wie der "Corriere d'Italia" und das vatikanische Amtsblatt der "Osservatore Romano" wiesen darauf hin, daß doch erhebliche Unterschiede zwischen der Lage des Vatikans gegenüber Italien und jener gegenüber Frankreich bestehen und von voraherein jede Erörterung erschweren.

Seitdem Italien am 9. Oktober 1870 den Rest des alten Kirchenstaates dem Papst genommen und für sich mit Besitztag belegt hat, besteht die Feindschaft zwischen Quirinal und Vatikan. Auf dem König ruht der Bann, er ist exkommuniziert und interdisziert. So ist es offiziell. Kenner der Verhältnisse aber berichten, daß inoffiziell die Feindschaft nicht so groß ist, und daß privatim zwischen Papst und König schon immer eine hermetische Abschließung nicht bestanden hat. Der Papst muß offiziell den Raub an dem Gut der Kirche verurteilen; andererseits möchte der König doch nicht gern Feind der Kirche sein.

Schon vor mehreren Jahren hat der Kardinalstaatssekretär Gasparri, dem mit Recht hohe Intelligenz, diplomatisches Geschick und großes Verantwortungsgefühl nachgeehmt wird, den Auspruch getan und der Erwartung des päpstlichen Stuhles Ausdruck gegeben, daß im italienischen Volke bald jenes Gerechtigkeitsgefühl triumphieren werde, von dem sich der Vatikan die angemessene Ordnung seiner Lage erhofft. Italien sieht immer klarer, daß es sich, solange die römische Frage nicht endgültig gelöst ist, im Vergleiche mit anderen Staaten stets im Nachteil befindet. Selbst antiklerikale Schriftsteller, die sich wirklicher Realpolitik nicht verschließen, sind zu der Überzeugung gekommen, daß es angezeigt wäre, von einer höheren Geistlichkeitswarte aus, als jener des Parteidankpunktes und vergänglicher politischer Interessen, die Erörterung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Italien aufzunehmen. Gerade der gegenwärtige Augenblick erschien den meisten Schriftstellern als besonders geeignet, der Frage näher zu treten. Hat doch der Vatikan neue apostolische Nuntiaturen und Delegationen geschaffen, in Berlin, Warschau, Oden-Best, Bukarest, Belgrad, Prag, Fiume und jetzt in Paris; der Vatikan fügt sich sogar in das französische Trennungsgesetz, beharrt auf der Verlängerung der Sondermission des britischen Vertreters in der Erwartung, bald normale diplomatische Beziehungen mit London hergestellt zu sehen; fühlt sich keineswegs entehrt, wenn er mit Sowjetrussland enge Verbindung angebahnt hat. Warum soll Italien der noch dazu in seiner Hauptstadt installierten und vornehmlich italienischen Kirche aus die Dauer als Feind oder doch Fremdling gegenüberstehen?

Das vielgenannte, aber in Wirklichkeit weniger bekannte Garantiegesetz, nach dem Zusammenbrüche des Kirchenstaates und der Einnahme Roms durch die Italiener zustande gekommen, ist von der damals vielleicht nicht ganz unberechtigten Befürchtung diktiert worden, es könnten die souveränen Rechte des italienischen Staates irgend einmal vom Balkan angestastet werden. Es galt also vor einem halben Jahrhundert, dem Papstium nichts zuzugehen, was einer Verminderung, und wäre sie auch nur scheinbar, dieser Rechte Italiens gleichkommen könnte. Der Vatikan hat, am sichtbarsten unter dem Pontifikat Benedikts XV., dessen gegenwärtigen Papst, deutlich zu erkennen gegeben, daß er die noch unter den Pontifikaten Leo XIII. und Pius X. sehr kräftig behaupteten Proteste gegen den sogenannten Kirchenraub nicht mehr erheben will. Aber er will gänzlich unabhängig sein, will auf eigenem Boden stehen, und wäre es auch nur ein Seivertkilometer Landes.

Man sieht, daß das päpstliche Amtsblatt recht hat, wenn es hervorhebt, daß ein Unterschied besteht zwischen den Beziehungen des Vatikans zu Italien und denen zu irgend einer anderen Macht. Es müßten also vorerst die als römische Frage bezeichneten Angelegenheiten geordnet werden, ehe man zur Schaffung diplomatischer Posten schreiten könnte. Auf jeden Fall aber ist die Sache, rein akademisch betrachtet, in Fluss gekommen.

Aus Wilna.

Warschau, 12. Juli. "Daily Telegraph" berichtet, daß der Wilnaer Regierungsausschuß die Forderung des Obersten Rates über die Demobilisierung der Truppen Zeigowitz abgelehnt habe.

Eine Note Tschitscherins an Warschau.

Warschau, 12. Juli. Am 8. Juli traf in Warschau eine am 4. Juli von Tschitscherin an den Minister des Innern Skirmunt gerichtete Note ein. Die sowjetrussische Note behauptet, daß unter der Leitung des russischen Volkskomitees in Warschau, dem der bekannte Sawinow vorsteht, dauernd und in großem Umfang unter aktiver Teilnahme und Unterstützung des polnischen Generalstabes konterrevolutionäre Anschläge gegen Sowjetrußland vorbereitet worden seien. Die Note enthielt folgende Forderungen: Sofortige Ausweisung Sawinows und seines Mitarbeiterstabes aus Polen, Ausweisung Petljuras von der ukrainischen, weißrussischen und tsotsischen konterrevolutionären Organisation, offizielle Auflösung und Internierung aller gegen Sowjetrußland geschaffenen Armeen und Unterabteilungen, zur Herstellung einer vollständigen Liste sämtlicher außer den bereits angeführten noch nachzuweisenden konterrevolutionären Verbündeten. Ferner zur Überwachung und Kontrolle der verlangten Internierung fordert die Note die Bildung einer gemischten polnisch-russischen Kommission unter Leitung des sowjet-ukrainischer und sowjet-weißrussischer Vertreter. Zum Schlus fordert die Note, daß unter Kontrolle und Leitung der Kommission die Bestrafung derjenigen polnischen Beamten und polnischen Staatsbürger erfolgt, die sich der Unterstützung der erwähnten konterrevolutionären Umtriebe schuldig gemacht haben.

Warschau, 12. Juli. (Tel.-Inn.) Die Presseabteilung des Ministeriums des Auswärtigen teilt mit: Die polnische Regierung wird in Kürze der Sowjetregierung auf die Note Tschitscherins, die einen ultimativen Charakter trägt, antworten und dann erst den Wortlaut der russischen Note veröffentlichen. Das erste seit sechs Wochen in Warschau erscheinende russische Blatt "Warszawski Golos" gibt aber schon heute Einzelheiten aus dem Inhalt dieser Note wieder und wird deshalb von der polnischen Presse heftig angegriffen, und als ein ausgesprochen bolschewistisches Agitationsorgan bezeichnet.

Aus Oberschlesien.

Die allgemeine Lage.

Allmählich treten wieder normale Lebens- und Verkehrsverhältnisse ein. Die aus Anlaß des Zwischenfallen in Haft gehaltenen Geiseln sind von den Engländern aus der Haft entlassen worden. Dem ersten Bürgermeister, Dr. Stephan, wurde jedoch mitgeteilt, daß er aus dem Abstimmungsgebiet ausgewiesen werde. Es ist bezeichnend, daß man von den Geiseln vor der Entlassung die Unterzeichnung einer Erklärung verlangt hat, daß sie während der Haft human behandelt worden seien. Ein Teil der Geiseln hat die Unterzeichnung dieser Erklärung abgelehnt. Der Magistrat der Stadt Beuthen hat auf die Ergreifung des Täters, der am 4. Juli den französischen Bataillonskommandeur Major Montalégre, erschoss oder auf die Beibringung von Angeben, die geeignet sind, eine reaktive Auflösung des bedauerlichen Vorfalls herbeizuführen, eine Belohnung von 15000 Mark ausgesetzt.

Der Schnellzugverkehr ist gestern über Beuthen hinaus bis Kattowitz ausgedehnt worden. Von jezt ab verkehren sämtliche Schnellzüge des bisherigen Fahrplanes nach Kattowitz und auch nach Ratibor. Damit ist der Verkehr zwischen dem Reiche und Oberschlesien nach einer Unterbrechung von neun Wochen wieder im Betriebe.

Der Teillungsplan.

Paris, 11. Juli. Die "Europa Nouvelle" veröffentlicht einen Teillungsplan, der von den Alliierten bereits angenommen sein soll, und der in seinen wesentlichen Grundzügen sich der Sowjetzone nähert. Danach soll Deutschland die 10 nördlichen und westlichen Kreise mit insgesamt 468 000 Einwohnern, ferner die Kreise Groß-Strehlitz, Lübstorf und Tarnowitz mit 135 700 Einwohnern und Gleiwitz und Hindenburg mit 128 900 Einwohnern erhalten, während die Kreise Benthen, Kattowitz, Königschütte, Pleß und Rybník mit insgesamt 477 900 Einwohnern an Polen fallen sollen. Dieses Verhältnis der Einwohnerziffern entspricht ungefähr dem Abstimmungsergebnis. (?)

2 Milliarden Schaden — 500 Tote.

Basel, 12. Juli. Der Öppeler Korrespondent des Schweizerischen Presse Dienstes meldet, daß nach seiner Zusammenstellung durch den Insurgentenaufstand in Oberschlesien Werte von über 2 Milliarden Mark vernichtet seien und daß über 500 Personen, meist Deutsche, ihr Leben verloren hätten.

Kleine Nachrichten.

Kattowitz, 12. Juli. (Tel.-Inn.) Am Sonntag trafen zwei höhere englische Offiziere hier ein. Wie die Telegrafen-Union hört, kommen die Offiziere von Oppeln und werden am Montag nach Beuthen weiter fahren.

Kattowitz, 12. Juli. (Tel.-Inn.) Der Mitarbeiter des deutschen Botschaftskommissariats Stünnesberg ist am Sonnabend von Besatzungssoldaten und polnischen Apotheker aus unbekannten Gründen verhaftet worden.

Breslau, 12. Juli. In Kattowitz verlangte der französische Kommandant, Oberst Ardison, die Auflösung des dortigen Flüchtlingslagers. Da die Flüchtlinge in ihre Heimat nicht zurückkehren würden, würden sie damit einfach auf die Straße gesetzt. Die Gewerkschaften und Parteien erhoben deshalb Vorstellungen beim Kommandanten. Das Dager ist bisher noch nicht aufgeklöst worden.

Eine internationale Abrüstungs-Konferenz?

Paris, 12. Juli. Der "Matin" meldet aus Neu York: Eine der "Neu York World" aus Washington zugehende Meldung zitiert einige Äußerungen von Harding, der gesagt habe, daß er demnächst die Frage der Einberufung einer internationalen Abrüstungs-Konferenz in die Hand nehmen werde. Der Präsident fügt hinzu, daß er die Frage erneut eingehend geprüft habe. Eine vom Senator Pomerens eingebrachte Entschließung, die den Präsidenten ermächtigt, während der Dauer der Konferenz die Schiffsbauarbeiten einzustellen, wurde dem Marineausschuß zur Beratung überwiesen.

Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund.

Genf, 12. Juli. In Kreisen, die dem Generalsekretariat des Völkerbundes nahestehen, ist man davon überzeugt, daß Deutschland bereits in allerhöchster Zeit dem Völkerbund sein Aufnahmegesuch unterbreiten werde.

Unklarheit der Lage im Orient.

Die Lage im nahen Orient bleibt völlig unklar. Offenbar hat man in London etwas spät bemerkt, daß die Entsendung des Oberbefehlshabers am Goldenen Horn Generals Sir James Harrington als ein Zeichen der Neutralität und der Schwäche gedeutet werden könnte. Deshalb ist Harringtons Entsendung auf einmal rückgängig gemacht worden. General Townshend, der während des Krieges als türkischer Gefangener auf den Prinzeninseln am Marmarameer saß, hatte sich angeboten, im Auftrag der Londoner Regierung nach Angora zu gehen. Diese hat aber von seinen Diensten keinen Gebrauch machen zu wollen geglaubt. Townshend, der dank seiner Vertrautheit mit türkischen Verhältnissen den Wert friedlicher Beziehungen zu den Osmanen richtig einzuschätzen weiß, will nunmehr in privater Eigenschaft nach der Türkei fahren, um das seines zur Beilegung des Konfliktes beizutragen.

Alle diese Bemühungen zeigen nur, wie wenig die Londoner Regierung in der Lage ist, die Dinge zu übersehen. Als letztes Hilfsmittel, namentlich auch um die Beteiligung Konstantinopels zu erlangen, wird von amtlichen bolschewistischen Intrigen gegen General Harrington in Konstantinopel viel Wesen gemacht. Diese sollen von Sofia, Angora und Russland ausgehen. Krassin hat sich soeben erst energisch gegen diese Behauptung gewandt. Die "Morning Post" glaubt wieder einmal besonders klug zu handeln, indem sie auf Meinungsverschiedenheiten zwischen Russen und den Türken hinweist. Die Sowjets haben es lange aufgegeben, ihre Ideale den orientalischen Völkern aufzuzwingen. Sie überlassen diesen selbst die Ordnung ihrer inneren Verhältnisse. Daß sich die Türken der bolschewistischen Organisation nicht anschließen, hat daher keinen Einfluß auf die Beziehungen zwischen Angora und Russland. Dem Befehlen der Russen, den Völkern des Ostens lediglich die Freiheit zu bringen, hat fürzlich der Kommandant der nach dem Raum entstandenen roten Besatzungsstruppe Ausdruck gegeben. Er holt ausdrücklich hervor, die Russen kämen nicht als Unterdrücker, sondern als Befreier der Völker des Orients.

Griechische Annäherung an Kemal?

Konstantinopel, 12. Juli. Die Tatsache, daß der Aufenthalt des griechischen Ministerpräsidenten Gunaris in Smyrna sich verlängert, scheint außerordentlich bezeichnend zu sein. Das offizielle Blatt "Nea Simera" erklärt, daß die Unwesenheit des Ministerpräsidenten mit den Anstrengungen zusammenfällt, die die Griechen unternehmen, um sich über den Geist, der in der Umgebung Mustapha Kemals herrscht, zu unterrichten. Immer mehr Zeichen sprechen dafür, daß die griechische Regierung die angekündigte Offensive innerer wieder aufsiebt, um eine Annäherung an die Türkei zu suchen.

Abbruch der englisch-türkischen Verhandlungen.

Paris, 12. Juli. Die Vorbesprechungen zwischen England und den türkischen Nationalisten mußten abgebrochen werden, weil Mustafa Kemal, wie der Londoner Berichterstatter des "Echo de Paris" meldet, in einem anmaßenden Schreiben mitgeteilt hatte, er sei geneigt, auf den englischen Vorschlag einer Zusammenkunft mit General Harrington einzugehen, um mit ihm zu verhandeln, vorausgesetzt, daß die Verbündeten das vollständige Programm der Nationalisten annehmen.

Urruhen in Ägypten.

Rom, 12. Juli. (PAT.) Aus Kairo wird gemeldet, daß eine Bande von arabischen Aufständischen das Automobil des Generals Georand, in dem sich auch der Gouverneur von Damaskus befand, angegriffen habe. Der Gouverneur von Damaskus wurde schwer verletzt.

Bolschewistische Arbeit in Persien.

Paris, 12. Juli. (PAT.) Die russische diplomatische Mission in Persien entwickelt eine immer weitgehendere feindliche Tätigkeit. Die Delegation ist gesetzlich durch neue Mitglieder verstärkt worden, welche bolschewistische Propaganda unternehmen. Die Engländer befürchten Gewalttätigkeiten, hauptsächlich in der Gegend von Ghilan, Mazanderan und Bendjan.

Die Umwälzung im fernen Osten.

London, 12. Juli. Aus Wladivostok wird gemeldet: General Semjonow ist aus der Wladivostoker Regierung ausgetreten und nach China abgereist. Die Veranlassung zu der Abreise war die Unzufriedenheit Semjonows mit der Konstruktion der neuen Macht und der Politik gegen die Bolschewisten. Semjonow rechnet mit Bestimmtheit darauf, zum Diktator ernannt zu werden. Es wurde jedoch ein Projekt über die in nächster Zeit stattfindende Einberufung eines Volksrates, der die höchste Macht darstellen soll, ausgearbeitet. Einweisen ruht diese Macht in den Händen des Rates der Drei, zu dem auch Semjonow gehörte. Die Stellung befriedigte Semjonow nicht und so legte er am 30. Juni seine Vollmachten nieder. Semjonow drang ferner die ganze Zeit auf den Beginn einer Offensive in der Richtung auf Vladivostok und Tschita. Darauf erwiderte Merkulow: Wir werden die Armeen nur zur Verteidigung verwenden. Die Offensive werden wir nur mit friedlichen Waffen führen. Die übrigen Regierungsmitglieder schlossen sich der Ansicht Merkulows an. Die Mehrzahl der Abteilungen Semjonows verblieb mit seiner Einwilligung in den Diensten der Wladivostoker Regierung.

London, 12. Juli. Auf den Vorschlag des seine Armee anbietenden Generals Wrangel, erwiderte die Wladivostoker Regierung, sie habe nicht die Absicht, eine Offensive gegen die Bolschewisten zu ergreifen; für die Verteidigung halte sie ihre Kräfte indessen für ausreichend.

Zur tschechisch-polnischen Annäherung.

Prag, 13. Juli. (PAT.) Die "Tribuna" bringt einen längeren Artikel des ehemaligen tschechischen Geschäftsträgers in Warschau, Legationsrat Dr. Nowak, der in heralichen Worten für eine tschechisch-polnische Annäherung spricht und dies hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiet. Dr. Nowak beweist in seinem Artikel, daß die Verhältnisse Polens sich gegenwärtig zu im Vorteil geändert hätten. Es ist höchste Zeit, daß die abgebrochenen Beziehungen auf neue angeknüpft würden. Es wäre zu wünschen, daß in der Tschechoslowakei eine wirtschaftliche Organisation entstünde, welche den tschechischen Produzenten ermöglichte, diese Waren in Polen für polnische Mark zu verkaufen. Der Artikel sagt am Schlus, daß die wirtschaftlichen Beziehungen mit Polen in dem momentan lebendig würden, in dem man einen Handelsvertrag abschließt.

